

Teufelskreis aus Stress und Personalnot

Zu „Klinikum umwirbt Personal“ und „Botschaft verstanden“:

Die Artikel in den BNN suggerieren, dass die Probleme im Städtischen Klinikum erkannt seien und die Weichen umgestellt würden. Eine Besserung der ungeheuren Belastungssituation des Personals ist jedoch noch nicht in Sicht.

Richtig ist die Feststellung, dass mit dem neuen ärztlichen Direktor Uwe Spetzger ein frischer Wind weht. Aber auch seine mitnehmende Kommunikationskultur anstelle des bekannten autoritären Führungsstils kann die grundsätzlichen Ursachen der Probleme nicht beseitigen: ein Krankenhaus ist eine wichtige Institution gesellschaftlicher Gesundheits- und Daseinsvorsorge und kein Wirtschaftsunternehmen. Doch genau dazu wurden die öffentlichen Krankenhäuser von allen Bundesregierungen seit über 20 Jahren per Gesetz gemacht. Finanziell geschieht dies über die Abrechnung der sogenannten Fallpauschalen (DRGs). Der Anreiz, dem auch das

Klinikum folgt, besteht in einer fortgesetzten Ausdehnung der Leistungen (Diagnostik und Therapie wie OPs) bei minimalem Personaleinsatz. Praktisch bedeutete dies einerseits Vermehrung der Arztstellen, konzentrieren des Pflegepersonals in Funktionsbereichen wie OP, Intensivbereich, Ambulanzen – dort, wo Einnahmen generiert werden. Die „nachgeordneten“ Bereiche, insbesondere die Pflege am Bett auf den Allgemeinstationen, sind ausgedünnt beziehungsweise haben mit gleicher Personalstärke einen immer größeren Patientendurchlauf zu bewältigen. Die vermehrten Arztstellen waren nicht zu deren Wohl, sondern zur reinen Leistungserhöhung, wodurch sie einer ungeheuren Arbeitsbelastung unterliegen. Auch anderen Berufsgruppen im Krankenhaus wird aus ökonomischen Gründen immer mehr Arbeit aufgedrückt. Das Klinikums-Geschäftsmodell, Mehreinnahmen aus schweren und komplexen Fällen zu erlösen, verschärft die Ar-

beitsbelastung. Jetzt ist dieses System bundesweit am Ende, das Personal flieht, neues findet sich nicht mehr ausreichend. Die „Flucht“ betrifft Pflegepersonal wie Ärzte. Spahns Untergrenzen-gesetz hat noch keinen Jota Entlastung im Klinikum gebracht, helfen würde nur die von Verdi geforderte gesetzliche Personalbemessung.

Den Optimismus mit dem 194 Millionen Euro teuren Neubau für 2021 teilen wir nicht. Trotz städtischem Zuschuss, weil das Land seiner Verpflichtung zur vollen Baufinanzierung nicht ansatzweise nachkommt, bleiben weit über 40 Millionen Euro am Klinikum hängen. Die erwarteten Synergieeffekte mit dem Neubau werden mit Personalabbau, insbesondere im ärztlichen und pflegerischen Bereich, einhergehen, um so die Schulden abzutragen.

Als gGmbH ist das Klinikum weit ent-rückt worden vom Einfluss der Bürger, der Aufsichtsrat, neben Bürgermeisterin Lisbach fast ausschließlich Gemeinde-

ratsmitglieder, ist dem wirtschaftlichen Betriebswohl und der Nichtöffentlichkeit verpflichtet. Ein soziales und solidarisches Gesundheitswesen für alle kann nicht auf marktwirtschaftlichen Prinzipien fußen.

Deshalb ist das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ für die Abschaffung der DRGs. Wir fordern stattdessen eine bedarfsgerechte und vollständige Finanzierung der Krankenhäuser und ihres Personals, die sich allein am medizinischen Bedarf orientiert.

Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung.

Nur wenn es gelingt, die Arbeitsbedingungen und das Ansehen der Krankenhausbeschäftigten nachhaltig zu verbessern, auch durch bessere Bezahlung, wird sich der Teufelskreis aus Stress und Personalnot abschaffen lassen.

Dr. Helmut Woda
Michael Matzerath
Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik Karlsruhe“